

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

| | | |
|---|--|------------------------------------|
| Ausschussbetreuender Fachbereich 5 – Jugend und Soziales | Datum 17.02.2004 | |
| | Schriftführerin Sabine Biesenbach | Telefon-Nr. 02202/142876 |
| Niederschrift | | |
| Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) | Sitzung am Mittwoch, 11. Februar 2004 | |
| Sitzungsort Rathaus Bergisch Gladbach, großer Sitzungssaal, 51465 Bergisch Gladbach | Sitzungsdauer 16:03 Uhr bis 19:16 Uhr | |
| Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis | | |
| Tagesordnung | | |

Bereich Jugend

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift vom 02.12.2003 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 02.12.2003 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
46/2004
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
- 5. Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
44/2004
- 6. Vorberatung des Teilhaushalts 2004 für den Fachbereich 5 - Jugend und Soziales**
hier: Bereich Jugend
58/2004

7. **Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder nach dem Bergisch Gladbacher Modell**
23/2004
8. **Beitrag des Aufgabenbereichs "Tagesbetreuung für Kinder" zum Haushaltssicherungskonzept einschließlich der Änderung der städtischen Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten**
51/2004
9. **Neues Förderkonzept für die Offene Jugendarbeit**
54/2004
10. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**

B Nichtöffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Niederschrift im Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-**
2. **Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-**
3. **Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-**
4. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-**

Bereich Soziales

A Öffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Niederschrift vom 02.12.2003 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 02.12.2003 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
47/2004
3. **Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
4. **Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
45/2004
5. **Vorberatung des Teilhaushalts 2004 für den Fachbereich 5 - Jugend und Soziales**
hier: Bereich Soziales
59/2004

6. Veränderungen im Sozialhilferecht - Präsentation

49/2004

7. Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

B Nichtöffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift vom 02.12.2003 im Bereich Soziales - nichtöffentlicher Teil-

2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 02.12.2003 im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-

57/2004

3. Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-

5. Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-

Protokollierung

Bereich Jugend

A Öffentlicher Teil

Die Verwaltung legt auf den Plätzen der Ausschussmitglieder aus:

- Teil 2 der Anlage 1 zur Drucksachen-Nr. 54/2004, die als Tagesordnungspunkt A 9 - J *Neues Förderkonzept für die Offene Jugendarbeit* zur Beratung ansteht. Er ist dieser Niederschrift als Anlage 4 beigelegt,
- den Runderlass des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder der Landes NRW von 02.02.2004 zur Änderung von Erlassen zur Offenen Ganztagschule im Primarbereich. Er ist dieser Niederschrift als Anlage 5 beigelegt,
- die Dokumentation des PowerPoint-Vortrages zur Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe, der als Tagesordnungspunkt A 6 – S im Bereich Soziales vorgesehen ist. Sie ist dieser Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.
- die Dokumentation eines PowerPoint-Vortrages des Städte- und Gemeindebundes über die Inhalte der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Sozialgesetzbuch II) als weiterführende Information zur vorgenannten Tischvorlage. Sie ist dieser Niederschrift als Anlage 7 beigelegt.

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit

@-> Frau Bendig eröffnet die 25. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in der 6. Ratsperiode um 16:03 Uhr. Sie begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass sich die fehlenden Ausschussmitglieder entschuldigt haben. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Frau **Anna Valeria Böcher** (Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder) als Nachfolgerin von Herrn Kai Weil und Frau **Lydia Niewerth** (Amtsgericht Bergisch Gladbach) als Nachfolgerin von Frau Imogen Krämer nehmen erstmalig an einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) teil. Sie sind daher zu verpflichten. Die Vorsitzende verpflichtet Frau Böcher und Frau Niewerth in feierlicher Form und begrüßt sie in den Reihen des Ausschusses. Die Niederschrift über die Verpflichtungen ist dem Original der Sitzungsniederschrift als Anlagen 1 und 2 beigelegt.

2 <-@ Genehmigung der Niederschrift vom 02.12.2003 im Bereich Jugend -öffentlicher

Teil-

@-> Die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 02.12.2003 wird in den vorgelegten Fassung genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 02.12.2003 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

@-> Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4 Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

@-> Frau Bendig verweist auf eine Broschüre des Bensberger Symposiums.

Weiterhin teilt sie mit, dass sie ein Schreiben von Frau Sabine Gresser-Ritter u.a. bezüglich des Tagesordnungspunkts *Offene Jugendarbeit* erhalten hat.

<-@

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

@-> Herr Hastrich verweist zunächst auf die Mitteilungsvorlage.

Bezüglich der Volksinitiative 2003 „Zukunft sichern – ein Kinder- und Jugendförderungsgesetz für alle jungen Menschen in NRW“ teilt Herr Hastrich mit, dass in der Zeit vom 27.11.2003 bis 27.01.2004 von 81.983 in Bergisch Gladbach unterschriftsberechtigten Personen 787 Personen (das sind 0,96 %) den Aufruf unterschrieben haben. Er teilt mit, dass landesweit die erforderlichen Eintragungen erreicht wurden. Nachdem die Unterschriften geprüft sind, wird sich der Landtag mit dem in der Volksinitiative genannten Anliegen im Rahmen einer Anhörung befassen.

Herr Hastrich berichtet, dass der Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 10.12.2003 beschlossen hat, die Verwaltung möge einen Satzungsentwurf zur Höchstfestsetzung im Rahmen der Elternbeiträge für Kindertagesstätten vorlegen. Eine Vorlage zu dieser Thematik kündigt Herr Hastrich für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 11.03.2004 an.

<-@

6 Vorberatung des Teilhaushalts 2004 für den Fachbereich 5 - Jugend und Soziales **hier: Bereich Jugend**

@-> Herr Kotulla teilt mit, dass der Fehlbedarf für das Haushaltsjahr 2004 zwischenzeitlich von rd. 12 Mio. € um 4,3 Mio. € auf rd. 16 Mio. € angestiegen ist. Das Ziel, im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts für das Jahr 2007 wieder einen Haushaltsausgleich nachweisen zu wollen, soll unter allen Umständen erreicht werden. Herr Kotulla weist darauf hin, dass die Stadt nach der Kürzung von Landeszuschüssen im Jugend- und Sozialbereich nicht in der Lage ist, den Trägern diese in ihren Haushalten fehlenden Mittel durch städtische Mittel zu ersetzen. Infolgedessen werden Leistungseinschränkungen unausweichlich sein.

Herr Neuheuser trägt einen Antrag der Fraktion KIDitiative vor, der dieser Niederschrift als Anlage 3 beigelegt ist. Es wird beantragt, den Haushaltsansatz für die Offene Kinder- und Jugendarbeit um 100.000 € zu erhöhen.

Herr Dr. Kassner macht deutlich, dass allein der Zuschussbedarf für den vorgelegten Teilhaushalt Jugend und Soziales um 3,5 Mio. € gestiegen ist. Nach Meinung der CDU-Fraktion sind damit Ansatzausweitungen nicht mehr zu finanzieren, gleichwohl sie aus fachlicher Sicht sinnvoll und wünschenswert sind.

Herr Schnöring erklärt, dass der Antrag der KIDitiative seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt wird. Er fragt nach der Veranschlagung für den Bau des Spielplatzes Luchsfeld.

Herr Hastrich erläutert, dass hierfür bereit zu stellende Mittel im Bereich von 7-67 – *Stadtgrün* zu veranschlagen sind. Er versichert, dass Mittel, die von Bauträgern zur Errichtung eines Spielplatzes bereit gestellt werden auch zweckentsprechend verbraucht werden.

Auch die SPD-Fraktion teilt die Auffassung, dass der Haushaltsansatz für die Offene Kinder- und Jugendarbeit unzureichend ist. Herr Hoffstadt schlägt vor, hierüber erst im Rahmen weiterer Haushaltsberatungen zu befinden und den Teilhaushalt seitens des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Hölzl nimmt ab 16:18 für die AG 78 Uhr als Gast an der Sitzung teil.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag der KIDitiative abstimmen. Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst mit 8 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen folgende

Beschlussempfehlung:

Der Haushaltsansatz 2004 für die Offene Kinder- und Jugendarbeit wird um 100.000 € erhöht.

Nachfolgend lässt Frau Bendig über den Beschlussvorschlag zum Teilhaushalt 2004 für den Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* abstimmen. Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) befindet mit 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen einstimmig ohne Enthaltung über folgende

Beschlussempfehlung:

<-@
@-> Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Finanzausschuss und dem Rat den durch die Verwaltung vorgelegten Haushaltsentwurf 2004 für den Fachbereich 5 unter Berücksichtigung der Änderungsliste und der Änderungen aufgrund der Beratungen im Ausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Beschlussvorschlag ist damit bei Stimmgleichheit abgelehnt.

7

<-@

Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder nach dem Bergisch Gladbacher Modell

@->

Herr Schnöring und Herr Hoffstadt äußern sich erfreut über die jüngste Entwicklung, nach der an fünf Grundschulen die Ganztagsbetreuung aufgenommen werden soll.

Dennoch ist es nach Meinung von Herrn Hoffstadt zuwenig, das Angebot nur an fünf Grundschulen einzuführen. Er regt an, den Beschlussvorschlag um den folgenden Punkt zu ergänzen: Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) ermutigt auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 16.12.2003 die Gremien aller Bergisch Gladbacher Grundschulen mit Überlegungen und Planungen zu beginnen, um spätestens 2007 die Ganztagsbetreuung anbieten zu können.

Herr Köchling teilt mit, dass er den Optimismus bezüglich der Einrichtung der Offenen Ganztagschulen nicht teilen kann, solange sie im Zusammenhang mit der Aufgabe der Horte diskutiert wird. Er hält das Bergisch Gladbacher Modell qualitativ nicht für ausreichend, um künftigen Anforderungen gerecht werden zu können.

Für die CDU-Fraktion führen Frau Wöber-Servaes und Herr Dr. Kassner aus, dass es wichtig ist, dass Bergisch Gladbach seinen eigenen Weg geht und sich nicht an die Vorstellungen des Landes bezüglich der Offenen Ganztagschule anlehnt. Im Gegensatz zu den Vorstellungen des Landes, das eine vollständige Einspeisung ersparter Hortmittel in die Offene Ganztagschule vorsieht, fußt das Bergisch Gladbacher Modell darauf, dass ein Teil der Finanzmittel, die durch die Aufgabe des Hortangebots eingespart werden, als zusätzliche kommunale Mittel in die Finanzierung der Betreuungsangebote an den Grundschulen zurückfließen soll. Zudem suggeriere der Begriff „Offene Ganztagschule“, dass an den Schulen ganztägig Unterrichtsveranstaltungen durch Lehrer stattfinden. In Wahrheit zieht sich das Land aus seiner Bildungsverantwortung zurück, indem es den Kommunen die nachmittägliche Betreuungsaufgabe für Kinder an Grundschulen und die Finanzverantwortung hierfür zuschiebt. Herr Dr. Kassner appelliert an die Träger, gemeinsam mit der Stadt zu einer quantitativ und qualitativ guten Versorgung für Grundschulkinder zu kommen und eigene Standards zu setzen.

Für Herrn Pfarrer Kern ist der Gesinnungswandel der CDU-Fraktion nicht nachvollziehbar. Weiterhin bittet er Herrn Hastrich seine Aussagen zur Parallelförderung von Horten und Betreuungsangeboten an Grundschulen, die er im Rahmen einer Informationsveranstaltung getätigt habe, zu wiederholen.

Frau Schöttler-Fuchs fragt nach, warum die Grundschule Kippekausen nicht auch die Möglichkeit bekommt, sofort mit der Ganztagsbetreuung zu starten.

Herr Hastrich verweist auf den als Tischvorlage erteilten Runderlass vom 02.02.2004, der bezüglich der Hortversorgung konkretisiert, dass bis zum 31.07.2007 bisherige Hortangebote abzubauen sind. Mit dem Einstieg in die Ganztagsbetreuung müssen Zug um Zug bisherige Betreuungsangebote aufgegeben werden. Aus diesem Grund ist bei den in der Beschlussvorlage vorgeschlagenen Schulen darauf geachtet worden,

dass die Schulen über das Stadtgebiet verteilt liegen. Auf diese Weise können ebenso über das Stadtgebiet verteilt andere Betreuungsformen bis 2007 parallel weiterlaufen. Die Grundschule Kippekausen ist deshalb nicht in den Kreis der startenden Schulen aufgenommen worden, weil am jetzigen Standort die Nachbarschaft zur Schule Frankenforst besteht.

Frau Bendig trägt schriftlich formulierte Fragen der FDP-Fraktion vor. Sie möchte wissen, ob die Verwaltung mit den Schulleitungen aller in der Beschlussvorlage genannten Grundschulen über ein Konzept zur Umsetzung der Ganztagsbetreuung gesprochen hat, ob die Schulen den Überlegungen zugestimmt haben und wie mit Schulen verfahren werden soll, deren Schulkonferenzen die Umsetzung ablehnen.

Herr Hastrich antwortet, dass die Ganztagsbetreuung nur an Schulen eingeführt wird, deren Schulkonferenzen einen entsprechenden Antrag stellen. Erste Gespräche haben mit allen Schulleitungen stattgefunden. Ein konkreter Einführungstermin ist den Schulen bislang nicht genannt worden, da keine entsprechende Beschlusslage der politischen Gremien existiert. Sofern die zuständigen Fachausschüsse gleichlautende Voten abgeben, werden unmittelbar darauf Gespräche mit den Schulen und zu beteiligenden Jugendhilfeträgern aufgenommen. Sofern sich die Absichten von Schulen bezüglich der Einführung der Ganztagsbetreuung konkretisieren, werden zeitnah auch die Eltern der betreffenden Schulen informiert.

Herr Pfarrer Kern möchte festgehalten wissen, dass der Rat mit dem Einstieg in die Ganztagsbetreuung an Grundschulen teilweise aus Überzeugung, teilweise finanziellen Zwängen gehorchend, das Ende der Horte beschlossen hat. Die Kath. Kirche steht für ein Parallelangebot von Ganztagsbetreuung an Grundschulen und Betreuung in Horten.

Herr Kotulla weist darauf hin, dass nicht die Stadt Bergisch Gladbach, sondern das Land die Diskussion um die Horte begonnen hat. Die Stadt wird sich unter den gegebenen Umständen und im Rahmen bestehender Erlasse darauf konzentrieren, bestmögliche Qualität in der Ganztagsbetreuung zu ermöglichen und gleichzeitig das Angebot an Betreuungsplätzen auszuweiten.

Frau Ibe kommt um 16:52 Uhr zur Sitzung

Herr Kikol betont, dass auch er die Aufgabe der Hortbetreuung bedauert. Dennoch sind Lösungen gefragt, die in Anbetracht knapper werdender öffentlicher Mittel eine qualitativ gute Kinderbetreuung ermöglichen. Bezüglich der Umsetzung fragt Herr Kikol danach, wie sich die Verwaltung den Umgang mit den freien Trägern vorstellt.

Herr Hastrich berichtet, dass für den 13.02.2004 eine Abstimmung zwischen den Fachbereichen 4 – *Bildung, Kultur, Schule und Sport* und 5 – *Jugend und Soziales* vorgesehen ist. Es wird ein Zeitplan erstellt, nach dem Schulleitungen und freie Träger der Jugendhilfe kurzfristig zu Gesprächen eingeladen werden.

Herr Hoffstadt stellt klar, dass jeder gern die Hortbetreuung erhalten würde. Da Hortplätze jedoch teuer sind, konnte in der Vergangenheit die bedarfsgerechte Versorgungsquote nicht erreicht werden. In Bergisch Gladbach konnte dennoch ein

nennenswertes Platzangebot aufgebaut werden. Er weist darauf hin, dass in einer Befragung 40 % der Eltern erklärt haben, dass sie eine Betreuung ihrer Kinder an der Grundschule wünschen und stellt fest, dass 70 bis 80 % der Kinder der intensiven Hortbetreuung deshalb nicht bedürfen, weil sie andere Nachmittagsangebote wahrnehmen. Für andere Kinder wiederum kann es sein, dass selbst das Hortangebot nicht ausreicht und noch intensivere Betreuung erforderlich ist.

Herr Köchling bezweifelt, dass die Kosten für die Kinderbetreuung sinken werden, wenn künftig mehr Kinder im Grundschulalter betreut werden. Insbesondere Eltern von Kindern, die einen höheren erzieherischen Bedarf erfordern, werden Leistungen der Hilfe zur Erziehung nachfragen.

Frau Schöttler-Fuchs ist der Meinung, dass auch mit Betreuern, die keine pädagogische Ausbildung vorzuweisen haben, gute Arbeit geleistet werden kann, an der Kinder und Betreuer Spaß haben.

Herr Hoffstadt stellt klar, dass die SPD-Fraktion allein deshalb dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen wird, weil ihr der Start mit nur fünf Schulen nicht ausreicht.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst mit 12 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen folgende

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, das vorgestellte Bergisch Gladbacher Modell zur Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern mit fünf Grundschulen gemäß der von der Verwaltung erstellten Prioritätenliste umzusetzen, vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung.

Auf Antrag der SPD-Fraktion und auf Wunsch der CDU-Fraktion um den Zusatz „das Bergisch Gladbacher Modell“ ergänzt, fasst der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) mit 13 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) ermutigt, gemäß dem Beschluss des Rates vom 16.12.2003, die Leitungen der restlichen Schulen, mit Überlegungen und Planungen zur Einrichtung einer Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern nach dem Bergisch Gladbacher Modell zu beginnen und der Stadt Bergisch Gladbach entsprechende Anträge vorzulegen.

<-@

8 Beitrag des Aufgabenbereichs "Tagesbetreuung für Kinder" zum Haushaltssicherungskonzept einschließlich der Änderung der städtischen Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten

@-> Herr Neuheuser bemerkt, dass es sich bei den Ausführungen um Einsparungen bei den kleinen altersgemischten Gruppen und damit der unter 3-jährigen Kinder handelt. Er hält es für absehbar, dass künftig Betreuungsangebote für diese Altersgruppe

verstärkt nachgefragt werden. Daher spricht sich die Fraktion KIDitiative gegen eine Zerstörung dieser Infrastruktur aus.

Herr Hastrich entgegnet, dass nicht die Infrastruktur zerschlagen wird, sondern im Gegenteil dazu das Platzangebot unter Einsatz einer ausgewogenen Mittelverteilung erweitert werden soll, bis eine Versorgungsquote von 20 % erreicht ist. Dazu sollen neben der kleinen altersgemischten Gruppe auch andere Betreuungsformen angeboten werden.

Herr Köchling fragt nach, ob auch die große altersgemischte Gruppe zugunsten der Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich entfallen wird.

Herr Hastrich antwortet, dass künftig die Betreuung von Grundschulkindern ausschließlich an Grundschulen angeboten werden soll. Alle anderen Betreuungsformen sollen in diese Betreuungsform überführt werden. Räumliche Kapazitäten in den Kindertageseinrichtungen sollen für die Altersgruppe der Kinder unter 6 Jahren verfügbar gemacht werden.

Herr Hoffstadt und Herr Neuheuser sehen in den dargestellten Maßnahmen eine fundamentale Qualitätseinschränkung, die Kinder in einer elementaren Lebensphase trifft. Daher werden die SPD-Fraktion und die Fraktion KIDitiative der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Frau Wöber-Servaes trägt als Meinung der CDU-Fraktion vor, dass aus fachlicher Sicht viele Dinge wünschenswert, in finanzieller Hinsicht jedoch unerreichbar sind. Sie erinnert daran, dass das Haushaltssicherungskonzept, die Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich und die vorliegenden Maßnahmen in engem Zusammenhang stehen und miteinander betrachtet werden müssen.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst mit 9 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung folgende

Beschlussempfehlung:

- <-@**
- @->**
- 1. Die in der Sachdarstellung aufgeführten Maßnahmen zur Erzielung des Einsparvolumens von 783.000 € und zum Ausbau des Platzangebots sollen zeitnah, spätestens aber bis 2007 umgesetzt werden.**
 - 2. Den Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten wird in der geänderten Fassung zugestimmt.**
 - 3. Der Kindertagesstättenplan ist unter Berücksichtigung des Spar- und Ausbaukonzepts und in Abstimmung mit der Schulentwicklungsplanung fortzuschreiben.**

9

Neues Förderkonzept für die Offene Jugendarbeit

- @->** Die Herren Hoffstadt, Eßer und Piel nehmen wegen Befangenheit nicht an der Beratung teil und verlassen die Sitzungsrunde.

Herr Hastrich erläutert eingangs die wesentlichen Inhalte der Vorlage.

Frau Münzer macht zwei Änderungsvorschläge, die sich auf den Beschlussvorschlag beziehen. Sie regt an, dass die Verwaltung auch weiterhin Gespräche mit den freien Trägern führen soll, um zu alternativen Vorschlägen im personellen Bereich zu kommen. Zudem bittet sie, den letzten Satz des Punktes I. als Punkt I 3 vorzusehen.

Herr Schnöring regt an, mit den Trägern über Öffnungszeiten an den Wochenenden nachzudenken. Den Personalschlüssel für eine Kleine Offene Tür von 1 Stelle auf 0,5 Stelle zu senken hält er für wenig sachdienlich. Dann solle eher über die Schließung einer Einrichtung nachgedacht werden.

Dem schließt sich Herr Neuheuser an. Dennoch äußert er sich lobend über die Verwaltungsvorlage, denn sie beschreibt die Aufgabe der Offenen Kinder- und Jugendarbeit detailliert und stellt sie in einen gesellschaftlichen Kontext. Die Förderung der Betriebskosten in einem dreistufigen System hält er für eine gute Idee. Allerdings wünscht er sich, dass die Pauschalen erhöht werden. Den vorletzten Satz des Punktes II. des Beschlussvorschlags bittet er in einen eigenen Punkt zu fassen.

Auch Herr Dr. Molitor ist der Auffassung, dass für den Fall, dass alle Einrichtungen erhalten werden sollen, auch alle Einrichtungen funktionsfähig erhalten werden müssen.

Frau Schöttler-Fuchs teilt mit, dass die SPD-Fraktion den Beschlussvorschlag ablehnen wird. Bereits im Zusammenhang mit der Diskussion um die sozialräumliche Ausrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit habe die SPD-Fraktion die Meinung vertreten, dass der Standard der Offenen Kinder- und Jugendarbeit mit dem vorgesehenen Personalschlüssel nicht zu halten sei. Dies gelte jetzt umso mehr.

Herr Köchling sieht die Träger in einer Dilemmasituation. Er fragt an, was mit den aufgeteilten Finanzmitteln passiert, wenn ein Träger sich unter den dargestellten Bedingungen auf eine Weiterarbeit einlässt, später jedoch feststellt, dass das Angebot doch eingestellt werden muss.

Frau Wöber-Servaes merkt an, dass sich auch in diesem Bereich die Kürzungen bei den Landesmitteln schmerzlich bemerkbar machen. Allerdings ist die Stadt nicht in der Lage, ausfallende Landesmittel zu ersetzen. Sie stellt klar, dass nicht über den Stellenschlüssel entschieden werden soll.

Herr Pfarrer Kern stellt klar, dass die KOT Heidkamp trotz einer halben Personalstelle weitergeführt werden kann, da sie mit der Kirchengemeinde St. Josef zusammenarbeitet.

Herr Fischer stellt klar, dass die Bewirtschaftungskosten bei der Mobilien Offenen Jugendarbeit nicht ganz entfallen können. Es fallen auch dort Kosten für Versicherung, Benzin usw. an.

Frau Niewerth appelliert an die Politik, bei der Mittelverteilung Signale zu setzen. Sie hält es für bedenklich, dass in einer Vorlage zur Thematik der Offenen Kinder- und Jugendarbeit auf Jugendliche gesetzt wird, die sich selbst organisieren. Dies

empfindet sie als zweiseitige Angelegenheit. Bisweilen entstehen hieraus Cliques, mit deren Problematik sich später Jugendgerichte auseinandersetzen müssen.

Dies ergänzend stellt Herr Pfarrer Werner fest, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit oftmals wie ein Stiefkind behandelt wurde und wird, obwohl sie sich mit Sorgen und Nöten von Kindern und Jugendlichen auseinandersetzt.

Herr Hastrich bestätigt die Dilemmasituation der Träger, seit vor ca. 1 ½ Jahren die Mittelreduzierung begonnen hat und dadurch das bisherige Förderniveau nicht mehr zu halten war. Die derzeitige Situation, dass Träger Leistungen in bisherigem Umfang erbringen, aber definitiv nicht die dafür erforderlichen finanziellen Mittel erhalten können, kann den Trägern nicht weiter zugemutet werden. Es besteht dringender Handlungsbedarf, die Förderrichtlinien anzupassen. Neue, gute Ideen, die in der Sache weiterführen, sind jederzeit willkommen. Es ist verständlich, dass die Vorlage nicht begeistert. Allerdings sind Vorgängervarianten allesamt abgelehnt worden, bis diese Variante übrig geblieben ist. Zumindest handelt es sich auch bei dieser Lösung nicht um Kürzungen nach der „Rasenmäher-Methode“, sondern enthält immer noch Einzelfalllösungen. Wichtig ist die Frage der Verlässlichkeit. Hierfür schafft die Vorlage für die nächsten zwei Jahre eine klare Grundlage.

Zum Verfahren führt Herr Hastrich aus, dass die Pauschalen und Stellenanteile dem Ausschuss lediglich zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. Gleichzeitig soll der Verwaltung der Arbeitsauftrag erteilt werden, zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 11.03.2004 eine Beschlussvorlage zu erarbeiten.

Frau Böcher führt aus, dass Kinder, die aufgrund der Angebotskürzungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit unversorgt bleiben, nicht vollkommen durch die Verbandliche Jugendarbeit aufgefangen werden können. Die jeweiligen Zielgruppen sind dafür zu unterschiedlich.

Herr Neuheuser geht auf den vorgenannten Antrag der KIDinitiative ein und meint, dass durch Zusammenarbeit viel erreicht werden könnte. Dazu müssten die Träger bereit sein, auch ihre sonstigen Einnahmen offen zu legen. Er bittet darum, dies in der Trägerkonferenz anzusprechen. Bezüglich der Mittelkürzung durch das Land, die allseits beklagt wird, stellt Herr Neuheuser klar, dass das Land Mittelkürzungen in der Größenordnung von 80.000 € vorsieht, die Stadt allerdings 250.000 € einsparen will. Deshalb sei die Kritik an der Stadt berechtigt.

Herr Kikol appelliert an die Politik, stärker in präventive Arbeit zu investieren, um damit künftig nachgehende Hilfen vermeiden zu können.

Frau Schöttler-Fuchs beantragt zu untersuchen, ob die Öffnungszeiten der Einrichtungen den Bedarfen der Kinder und Jugendlichen entsprechen. Sie regt an, eine diesbezügliche Umfrage in den Jugendeinrichtungen vorzunehmen.

Herr Dr. Kassner empfiehlt auf den Antrag zu verzichten. Bezüglich der Ansatzausweitung für die Offene Kinder- und Jugendarbeit stellt er fest, dass der Etatentwurf hierfür keinen Spielraum bietet, selbst wenn künftig höhere Ausgaben im Sozialbereich erwartet werden. Die Sinnhaftigkeit präventiver Maßnahmen ist dabei nicht zu bestreiten.

Frau Wöber-Servaes hält es für sinnvoller, die Jugendbefragung von 1998 fortzuschreiben und in diesem Rahmen die von Frau Schöttler-Fuchs aufgeworfene Frage mit abzuklären.

Herr Kotulla betont, dass es schwer sei, die Gesamtsituation der Stadt im Blick zu haben. Alle Teilhaushalte haben mit der finanziellen Misere zu kämpfen. Allerdings ist es besonders berechtigt, auf den Teilhaushalt Jugend und Soziales zu sehen. In der Vergangenheit hat Bergisch Gladbach in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit Zeichen gesetzt. 14 Einrichtungen sind für eine Stadt der Größenordnung Bergisch Gladbachs eine stolze Zahl und gewährleisten ein wohnortnahes Angebot. In Zeiten immer knapper werdender Haushaltsmittel gibt es für Kommunen zwei Alternativen: Entweder müssen Standards gesenkt werden und Einrichtungen zusammenarbeiten oder einzelne Einrichtungen müssen geschlossen werden. Falls der Rat seinen selbst gesteckten finanziellen Rahmen nicht einhält, gibt er ein wichtiges Stück Selbstverantwortung aus der Hand. Dies gilt es zu verhindern.

Frau Bendig lässt über die Punkte des Beschlussvorschlags einzeln abstimmen.

Zu Punkt I 1. fasst der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) unter Einbeziehung der Anregung von Frau Münzer mit 11 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) beauftragt die Verwaltung, Gespräche mit den Trägern der freien Jugendhilfe zu führen, Überlegungen anzustellen und Vorschläge für zusätzliche personelle Alternativen zu entwickeln.

Zu Punkt I 2. fasst der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) nimmt die Umstellung der Förderung der Betriebskosten in der Offenen Jugendarbeit auf ein dreistufiges System von Pauschalen zur Kenntnis.

Zu Punkt I 3. fasst der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) beauftragt die Verwaltung mit den freien Trägern die Umsetzung in 2004 und 2005 bis zur nächsten Sitzung abzustimmen.

Zu Punkt II. fasst der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) mit 11 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

<-@

@-> Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) beschließt, die Trägerschaft für das städtische Jugendzentrum an die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis e.V. zu übergeben. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten, die notwendig sind, um die Trägerschaft für das bislang städtische Jugendzentrum auf die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis e.V. zu übertragen. Das Jugendzentrum soll analog zu den Konditionen übergeben werden, die für die derzeit bestehende Einrichtung der Arbeiterwohlfahrt am Standort Refrath bestehen. Der Trägerwechsel soll möglichst bis zum 30.04.2004 vollzogen werden.

Die Herren Hoffstadt, Eßer und Piel kehren in die Sitzungsrunde zurück.

<-@

10 Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

@-> Anfragen werden nicht gestellt.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Jugend um 18:28 Uhr.

<-@